

## Staat ist zu stark, wo er schwach sein sollte und zu schwach, wo er stark sein sollte

Donnerstag, 28.09.2023, 14:38 · von FOCUS-online-Gastautor [Rainer Zitelmann](https://www.focus.de/politik/deutschland/rainer-zitelmann_id_11716949.html)



Der Plenarsaal des Deutschen Bundestages

IMAGO/Political-Moments

FOCUS-online-Gastautor [Rainer Zitelmann](https://www.focus.de/politik/deutschland/rainer-zitelmann_id_11716949.html)

Donnerstag, 28.09.2023, 14:38

Viele Probleme in Deutschland haben ihre Ursache nicht in einem zu starken oder zu schwachen Staat. Der Staat ist vielmehr dort zu stark, wo er schwach sein sollte und dort zu schwach, wo er stark sein sollte.

Die mit einem  Symbol oder Unterstreichung gekennzeichneten Links sind Affiliate-Links. Kommt darüber ein Einkauf zustande, erhalten wir eine Provision - ohne Mehrkosten für Sie! [Mehr Infos](https://www.focus.de/deals/faq-erloesmodelle-bei-focus-online_id_13469370.html)

Linke reden gerne vom Marktversagen. Lassen Sie uns vom Staatsversagen sprechen. Das aktuelle Beispiel: Die Bundeswehr hat für 1,3 Milliarden Euro digitale Funkgeräte bestellt, doch es gibt Probleme beim Einbau in Panzer, Gefechtsfahrzeuge und Lastwagen. Es ist nicht gewährleistet, dass man die Geräte in die Fahrzeuge überhaupt einbauen kann. Der Zustand der Bundeswehr ist beklagenswert – Deutschland ist nicht fähig, sich zu verteidigen.

Seit Jahren ist klar, dass viele Panzer, Flugzeuge und so weiter nicht funktionieren. Eine seiner Kernaufgaben, die Landesverteidigung, kann der Staat nicht wahrnehmen. Schon Ex-Verteidigungsministerin [Ursula von der Leyen](https://praxistipps.focus.de/ursula-von-der-leyen-familie-vermoegen-kinder-und-kritik_115490) befasste sich lieber mit „Diversity-Kursen“, Umstandsuniformen für Schwangere und Kinderbetreuung als mit Panzern und Flugzeugen.

### Über den Gastautor:

Rainer Zitelmann ist Historiker und Soziologe und Autor des Buches „[Der Aufstieg des Drachen und des weißen Adlers. Wie Nationen der Armut entkommen](https://zitelmann-vietnam-polen.de/)“ und des Buches „[Die 10 Irrtümer der Antikapitalisten](https://anti-antikapitalisten.de/)“.

### Nicht der Markt, sondern der Staat hat versagt

Die [Corona](https://corona-virus.de/)-Pandemie ist ein weiteres Beispiel für Staatsversagen. Ganz offensichtlich waren viele Maßnahmen sinnlos oder kontraproduktiv. Nicht zu sprechen von Abermilliarden Kosten, die zur massiven Ausweitung der Staatsverschuldung geführt haben. Aufarbeitung? Fehlanzeige! CDU/CSU, Grüne und [SPD](https://organisationen.spd.de/) wehren sich dagegen, dass das Versagen aufgearbeitet wird. Auf dass die gleichen Fehler in der nächsten Pandemie wiederholt werden.

Grenzsicherung? Eine der zentralen Aufgaben eines Staates, der ein Staat sein will: Schon Altkanzlerin [Angela Merkel](https://personen.angela-merkel.de/) war der Meinung, dass Deutschland seine Außengrenzen nicht sichern könne. Heute sagen uns das Politiker von SPD, Grünen und

Linken wieder jeden Tag. Sie formulieren es nur etwas anders. Bei jeder vorgeschlagenen Maßnahme haben sie sofort eine Menge Gründe parat, warum diese nichts helfen.

Vorzugsweise werden das EU-Recht oder die Genfer Flüchtlingskonvention angeführt. Dabei gelten diese genauso in Ländern wie [Schweden\(orte/schweden/\)](#) , Dänemark oder Österreich, wo all jene Maßnahmen möglich sind, die nach Meinung von SPD und Grünen nicht mit dem EU-Recht harmonisieren. [Die AfD\(/organisationen/afd/\)](#) ist in Umfragen bei über 20 Prozent und die Politik fährt fort mit Erklärungen, was alles nicht geht, um Migration zu begrenzen. Ich nenne das Staatsversagen.

Der Staat ist also in seinen Kernbereichen viel zu schwach. In anderen ist er viel zu stark. Deutschland entwickelt sich immer mehr von einer Marktwirtschaft zur staatlichen Planwirtschaft. In einer Marktwirtschaft entscheiden Unternehmen, was und wie viel produziert wird. Am Ende sind es die Konsumenten, die entscheiden. In einer Planwirtschaft entscheiden Politiker. Und genau in diese Richtung entwickelt sich Deutschland: Welche Autos produziert werden oder welche Heizung man sich einbauen darf, entscheiden künftig Politiker.

## Der Marsch in die Planwirtschaft

Über die richtige Art der Energieerzeugung entscheiden sie ohnehin – mit fatalen Folgen. Erst wurden die Kernkraftwerke abgeschaltet, dann begann man die Kohlekraftwerke abzuschalten. Fracking wurde verboten. Stattdessen importieren wir teures LNG-Gas aus den USA und Strom, der durch dreckige Kohlekraftwerke produziert wird, aus Osteuropa. Die Klimabilanz ist gleichzeitig schlechter als z.B. [von Frankreich\(orte/frankreich/\)](#) , das viel weniger Aufwand betreibt, aber nicht auf Kernkraft verzichtet hat.

Die Folge der planwirtschaftlichen „Energiewende“: Schon vor Beginn des Ukraine-Krieges gehörten die Strompreise in Deutschland zu den höchsten in der Welt. Das widerlegt die Ausrede, der Krieg sei die Ursache. Nun wandern immer mehr Unternehmen ab – oder denken zumindest darüber nach. BASF produziert lieber in [China\(orte/china/\)](#) als in Deutschland. Die Politiker erschrecken über die Folgen ihrer Politik, SPD und Grüne fordern nun die Subventionierung des Strompreises aus Steuermitteln. Der Ökonom Ludwig von Mises nannte das die „Interventionsspirale“.

*Lesen Sie auch: [Gastbeitrag von Gabor Steingart - Olaf Scholz ignoriert hartnäckig die fünf goldenen Regeln der Führung\(https://www.focus.de/politik/gastbeitrag-von-gabor-steingart-olaf-scholz-ignoriert-einfach-die-fuenf-goldenen-regeln-der-fuehrung\\_id\\_213070723.html\)](https://www.focus.de/politik/gastbeitrag-von-gabor-steingart-olaf-scholz-ignoriert-einfach-die-fuenf-goldenen-regeln-der-fuehrung_id_213070723.html)*

## Bebauungspläne dauern in Berlin 10 Jahre

Für Mises Interventionsspirale gibt es Dutzende Beispiele im heutigen Deutschland: Wir haben 25.000 Vorschriften und Regeln für das Bauen. Die Aufstellung eines Bebauungsplanes dauert in Berlin im Durchschnitt (!!) zehn Jahre. Immer schärfere Öko-Bauvorschriften haben das Bauen immer mehr verteuert. In einer Zeit, wo die Bauzinsen zwischen 1 und 2 Prozent lagen, wurden die Probleme verdeckt. Jetzt, wo sie wieder gestiegen sind (aber immer noch weit unter dem historischen Durchschnitt) treten die Probleme in aller Wucht zutage. Der Neubau kommt fast zum Erliegen. Die Mietpreise klettern weiter.

Gegen steigende Mieten sollte die Mietpreisbremse helfen. Die Mieten kletterten trotzdem weiter. Eine weitere Mietpreisbremse wurde beschlossen, die die Probleme weiter verschärfte. Und was fordert die SPD? Einen bundesweiten Mietendeckel, also weitere Regulierung. Wenn man den falschen Weg beschritten hat und merkt, dass man nicht an das Ziel kommt, lautet das Motto: Wir müssen diesen Weg eben noch schneller gehen.

Die Staatsquote lag schon 2021 bei über 50 Prozent. Das Sozialbudget in Deutschland liegt inzwischen bei fast 1,2 Billionen Euro. SPD, Linke und Grüne zetern, die Armut steige immer mehr, weil wir zu wenig für Soziales ausgeben. Jetzt wurden weitere Milliarden Ausgaben für die „Kindergrundsicherung“ beschlossen. Als riesiger Fortschritt wird gefeiert, dass künftig auch Familien die staatlichen Leistungen bekommen, die sie gar nicht beantragen.

## Der Staat greift in Dinge ein, die ihn nichts angehen sollten

Der Staat ist in seinen eigentlichen Kernbereichen viel zu schwach. Immer höhere Steuereinnahmen werden begründet mit notwendigen Ausgaben für Schulen, Unis, Straßenbau, Infrastruktur und Verteidigung. Aber das Geld fließt überwiegend in die Umverteilung. Das Bildungssystem wird immer schlechter, trotz ständig steigender Steuereinnahmen. Die Infrastruktur ist marode. Laut einer Studie gibt es in Deutschland insgesamt rund 130.000 Brücken. Im Zuständigkeitsbereich des Bundes sind von etwa 40.000 Verbindungen 1.600 marode. In den Kommunen sind etwa 13.500 Brücken sanierungsbedürftig und bei der Deutschen Bahn rund 1.000.

Stattdessen kümmert sich der Staat um Themen, die ihn in Wahrheit nichts angehen. Morgen beginnt der „ausgeloste Bürgerrat“ seine Arbeit. Der erschreckende Name des Rates: „Ernährung im Wandel: zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ „Zwischen“? Die Überschrift verrät die staatliche Hybris: Was ich esse, ist ausschließlich meine Privatangelegenheit und geht den Staat nichts an. Warum sollen Politiker sich in meine Ernährung einmischen? Ich selbst ernähre mich sehr gesund, aber das ist meine Entscheidung. Und wenn Bürger sich dazu entscheiden, sich ungesund zu ernähren, ist das ihr gutes Recht - das einige Politiker auch ganz offensichtlich für sich in Anspruch nehmen.

Es geht also nicht darum, ob der Staat stark oder schwach ist: Weil er viel zu stark in die Wirtschaft eingreift und diese immer stärker von einer Markt- in eine Planwirtschaft umgewandelt wird, fehlen Ressourcen und Kompetenz in den Kernbereichen, um die sich der Staat eigentlich kümmern sollte.

Der Staat ist viel zu stark, wo er schwach sein sollte und viel zu schwach, wo er stark sein sollte.

© BurdaForward GmbH 2023

[Drucken\(\)](#)

**Fotocredits:**

Rainer Zitelmann, Rainer Zitelmann, FBV, Amazon, , IMAGO/Political-Moments

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.